

21. MAI 1963

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/96

Bonn, den 21. Mai 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeiler:
1	<u>100 Jahre ROTES KREUZ</u> Ein Jubiläum der Menschlichkeit	20
1	<u>Produkt der Nachkriegszeit</u> Glanz und Elend des BHE/GP	34
2	<u>Bundesinnenminister Höcherl und die Presse</u> Sein "Beratungsorgan" für Notzeiten	50
3	<u>Zu schön, um wahr zu sein</u> Berechtigte Überlegungen eines Professors Sind Dokortitel in jedem Fall "Rechtens" ?	34
4	<u>Bedeutungsvoller Staatsbesuch</u> De Gaulle in Griechenland - Neuer Mittelmeer-Pakt ? Von Dr. B. P. Mathiopoulos	46
5 - 6	<u>Birmingham und Alabama</u> Amerika entdeckt sein Gewissen Von unserem Korrespondenten in den USA	89

Chefredakteur Günter Markscheffel

100 Jahre ROTES KREUZ

Ein Jubiläum der Menschlichkeit

sp - Als Henry Dunant im Jahre 1863 sein erschütterndes Buch "Eine Erinnerung an Solferino" zur Grundlage eines Appells an die Mächtigen der Welt machte und diese bat, ihm die Gründung einer internationalen Organisation zur Hilfe für Verwundete zu ermöglichen, schlug damit die Geburtsstunde des ROTEN KREUZES. 160 Millionen Menschen ohne Ansehen der Rasse, der Religion, der Nation oder des politischen Bekenntnisses tragen heute die Weltgemeinschaft dieser großen internationalen Hilfsorganisation. Seit Jahrzehnten hat das ROTE KREUZ mit seinen freiwilligen Helferinnen und Helfern nach Katastrophen, hervorgerufen durch kriegerische Ereignisse oder durch Naturgewalten, der Menschheit nur Gutes getan. Das ROTE KREUZ griff oft vermittelnd ein, wenn alle Bande menschlicher Sitte zu zerreißen drohten. Kriegs- und Hungerkatastrophen mit ihren unabsehbaren Folgen des Elends für die Menschen konnten vom ROTEN KREUZ gelindert werden und oft war das weithinleuchtende rote Kreuz im weissen Felde für unzählige Menschen das einzige Symbol der Menschlichkeit.

Wenn an diesem Wochenende in Münster/Westfalen das DEUTSCHE ROTE KREUZ seine Jahreshauptversammlung abhält, wollen wir alle dankbar jener Frauen und Männer gedenken, die in den vergangenen Jahrzehnten selbstlos an dem großen Werk der Nächstenliebe mitgewirkt haben.

+ + +

Produkt der Nachkriegszeit

ler - Die Gesamtdeutsche Partei, früher BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) liegt in den letzten Zügen, sie hat keine Aussicht, in der deutschen Politik noch eine Rolle zu spielen. Das für sie vernichtende Wahlergebnis in Niedersachsen läßt ihr keine Hoffnung mehr. Das Auftauchen des BHE am politischen Horizont Nachkriegs-Deutschlands vor 13 Jahren wurde damals als Sensation empfunden, und sie war es auch. Auf den ersten Anlauf vermochte der BHE in seinem Ursprungsland Schleswig-Holstein ein Viertel aller Stimmen auf sich zu vereinigen, ja, es gelang ihm sogar der Einzug in den zweiten Deutschen Bundestag. Ungewöhnlich schnell erlag die Partei dem Prozess der Auflösung. Ihre damalige Führungsgarnitur verschwand im Dunkel der Anonymität oder fand, wie Oberländer, Unterschlupf bei den Unionsparteien. Die von Adenauer herbeigeführte Spaltung wurde dem BHE zum tödlichen Verhängnis. Er konnte sich niemals mehr daraus befreien. Der Versuch einer Fusion mit der ehemals stolzen DP in Niedersachsen blieb in der Luft hängen und auch die Flucht in die Wiederbelebung von alten nationalistischgefärbten Ressentiments blieb ohne zündende Wirkung. Die Führung der Gesamtdeutschen Partei, in sich zerrissen, von Eifersüchteleien und persönlicher Hader geschwächt, trat zwar mit großen Ansprüchen auf, doch zwischen Anspruch und Wirklichkeit lag eine Kluft, an der sie scheitern mußte. Wo sich der BHE ausschließlich um die Befriedigung berechtigter sozialer Ansprüche seiner Anhänger kümmerte, konnte er sich eine Zeitlang einigermaßen halten; die fortschreitende Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in das erstarkende Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüge der Bundesrepublik entzog ihm freilich den Boden, und es ist doch kein Zufall, daß in den ehemaligen Hochburgen des BHE die Sozialdemokratie an Einfluß zunahm. Der BHE war ein typisches Produkt der Nachkriegszeit, dem keine Zukunft beschieden ist.

+ + +

Bundesinnenminister Höcherl und die Presse

"Beratungsorgan" für Notzeiten

sp - Der Bundesminister des Innern hat jetzt den Ausschuss zu seiner ersten Beratung zusammengerufen, den er für die Vorbereitungen der Bestimmungen schuf, die das Recht der Presse in Notzeiten in der Notstandsverfassung festlegen sollen. Der Minister hat diesen Ausschuss in eigener Machtvollkommenheit als sein Beratungsorgan gebildet. Und das sieht so aus:

Der Ausschuss besteht aus zehn Personen, die als Angehörige der Presse bezeichnet werden, aus zwei Vertretern der Rundfunkanstalten und einem "der Wissenschaft".

Nach welchen Grundsätzen diese Berufungen erfolgten, war bisher nicht festzustellen, es sei denn, man sieht sich die Berufenen an. Unter den zehn "Pressevertretern" sind zwei Wissenschaftler, die aber wohl nicht als solche gelten sollen: der emeritierte Professor für Zeitungswissenschaft an der Freien Universität Berlin, Dr. Emil Dovifat, und der antierende Professor der gleichen Disziplin an der Universität München, Dr. Roeggele. Der eine ist seit Jahrzehnten nicht mehr in der Presse tätig, der andere war bis vor kurzem Chefredakteur des "Rheinischer Merkur". Als Wissenschaftler gilt nur einer im Ausschuss: Professor Dr. Ulrich Scheuner aus Bonn, der dort öffentliches Recht liest.

Die anderen acht "Pressevertreter" setzen sich zunächst aus den Vorsitzenden der Presseverbände zusammen: Dr. Anton Betz für den Bundesverband deutscher Zeitungsverleger, Dr. Rupert Giessler für den Deutschen Journalistenverband und Dr. Walter Fabian für die Deutsche Journalistentrifon. Für die Zeitschriftenverleger ist deren Vizepräsident Dr. Hans Funk aus Hamburg (Springer-Verlag) berufen worden. Man sieht noch den Namen des stellvertretenden Sprechers des Deutschen Presserates, Dr. Focko Kipsen, Herausgeber des "Evangelischer-Pressedienst" in Bethel und dann schließlich zwei als Journalisten tätige Mitglieder: Reinhard Appel (Stuttgarter Zeitung) und Dr. Alfred Rapp (Frankfurter Allgemeine Zeitung).

Will jemand sagen, dies sei eine repräsentative Auswahl aus der in der Bundesrepublik wirkenden journalistischen Generation?

Die Rundfunkanstalten sind durch zwei Justitiare vertreten, Dr. Seiling aus München und Dr. Wicht aus Frankfurt. Kein Intendant, kein Chefredakteur, kein Programmdirektor wirkt mit.

- * Im Hause des Ministers heißt es, unabhängige Sachverständige seien ausgewählt worden. Da war es dann ein "Zufall", daß unter den 13
- * Namen, die bekannt sind, nur ein einziger eines Mannes aus der
- * Opposition zu finden ist. Auch die Koalitionspartner in der FDP
- * sind dabei nicht zum Zuge gekommen - aus Gründen des Sachverständigen
- * des, wohl gemerkt. Denn man hat gar nicht nach politischen Gesichtspunkten gewählt - sagt man.

Diese Kommission soll nicht nur, wenn es nach Minister Höcherl geht, die Bestimmungen für die Notstandsverfassung vorberaten, sondern auch als ständige Einrichtung bestehen bleiben, um eine "Selbstkontrolle der Presse" zu ermöglichen, um in jedem Falle kompetent zu sein, Geheimnisse von Veröffentlichungsfreien Informationen zu trennen.

Nun hört man, es sei nicht ausgeschlossen, daß noch andere Berufungen erfolgen werden. Wir meinen, dazu sei es höchste Zeit und dringendster Anlass. Dieser Anfang läßt Böses ahnen.

Zu schön, um wahr zu sein

Berechtigte Überlegungen eines Professors

sp - Seit einiger Zeit macht man sich in deutschen Landen Gedanken darüber, ob Dokortitel, die für Arbeiten erworben wurden, in denen nationalsozialistische Thesen vertreten werden, heute noch ihre Gültigkeit haben können.

So hat sich z.B. der Dekan der juristischen Fakultät der Universität Erlangen/Nürnberg, Professor Dr. J. Herrmann, kürzlich für eine grundsätzliche Klärung dieser Frage ausgesprochen. Eine Fakultätssitzung wurde ohne abschliessendes Ergebnis abgebrochen; man beschloß, ein Komitee für die Prüfung solcher Überlegungen einzusetzen. In Erlangen ist auch erwogen worden, die Direktorenkonferenz der deutschen Universitäten und die Kultusminister-Konferenz mit dieser Frage zu befassen.

Wenn man weiß, mit welcher Würde mancher deutsche Bürger seinen Dokortitel trägt und daran denkt, welche Irrsinnthesen er zu gegebener Zeit wohl vertreten haben mag, um ihn zu erwerben, dann muß man sich fragen, ob die Überlegungen des Professors Herrmann nicht berechtigt sind. Die meisten der damaligen Doktoranden haben wohl inzwischen selbst erkannt, daß vieles, was sie damals geschrieben haben, um den Dokortitel zu erwerben, nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Die logische Konsequenz einer solchen Einsicht wäre der freiwillige Verzicht auf einen Titel, den man in einem Unrechtsstaat erworben und mit Unrechtthesen untermauert hat.

Zugegeben, das wäre eine Sensation, und sicher würde bei dieser Gelegenheit auch die Frage auftauchen, was mit anderen Titeln geschehen sollte, die unter ähnlichen Umständen und unter gleichen Voraussetzungen erworben worden sind wie der Dokortitel. Aber so weit braucht man nicht zu gehen. Es sollte genügen, daß ausgesprochene Unrechtthesen, wie z.B. die Begründung für die Ausrottung der Juden, und andere Unrechtshandlungen, in den Kreis zunächst nur theoretischer Betrachtungen einbezogen werden. Wir sind keinesfalls so vermessen, daß wir im Ernst daran glauben, irgend jemand würde öffentlich erklären, er trage einen akademischen Titel, weil er Unrecht gerechtfertigt habe. Das wäre zu schön, um wahr zu sein.

Bedeutungsvoller Staatsbesuch

De Gaulle in Griechenland - Neuer Mittelmeer-Pakt ?

Von Dr. E. P. Mathiopoulos

Genau an dem Tage, da in Bonn der deutsch-französische Freundschaftsvertrag nahezu einstimmig ratifiziert wurde, traf der französische Staatspräsident de Gaulle zu einem viertägigen Staatsbesuch in griechischen Hauptstadt ein. Sein Besuch fand zu einem Zeitpunkt statt, da das politische Bild Griechenlands von heftiger inneren Auseinandersetzungen gezeichnet ist. Doch die Begeisterung für Frankreich ist einhellig. Tausende Griechen jubelten dem französischen Staatsoberhaupt und seiner Gattin in Athen zu und die führenden Politiker aller politischen Richtungen begrüßten die Gäste auf das freundlichste. Man ehrte in de Gaulle die große, freiheitliche Tradition Frankreichs.

Die engen Beziehungen zwischen Griechenland und Frankreich haben eine lange Geschichte. Nachdem Franz I. mit dem Sultan mehrere Abkommen getroffen hatte, die Frankreich einen bedeutenden Einfluß auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet im damaligen ottomanischen Reich einräumten, erstreckte sich dieser Einfluß nach der Befreiung Griechenlands auf den gesamten Balkan. Im Jahre 1830 war Frankreich neben England und Rußland die europäische Großmacht, die das Unabhängigkeitsprotokoll für Griechenland in London unterzeichnete. Besonders seit dieser Zeit sind die Beziehungen zwischen den beiden Ländern außerordentlich eng.

In beiden Weltkriegen kämpften Griechen und Franzosen Seite an Seite, und als die Griechen im Jahre 1940 ihre nationale Unabhängigkeit gegen den Angriff Mussolinis auf Albanien verteidigen mußten, schickte de Gaulle Freiwillige aus Nordafrika und sprach wiederholt bewundernd von der Tapferkeit der Hellenen.

Für Griechenland ist de Gaulle der hochgeachtete Repräsentant des großen, freiheitlichen Frankreichs. Seinem Besuch in Athen kommt auch eine große politische Bedeutung zu. Denn der General betont damit das Interesse Frankreichs an den Geschehnissen im östlichen Mittelmeer. Es ist seine Absicht, Griechenland stärker in die Arbeit der europäischen Gemeinschaft einzubeziehen, nachdem es vor allem Frankreich und der Bundesrepublik zu verdanken ist, daß Griechenland assoziiertes Mitglied der EWG wurde. Bekanntlich beschäftigen de Gaulle auch Pläne zur Gründung eines Mittelmeerpaktes, dem außer Frankreich auch Marokko, Spanien und Griechenland angehören sollen. Zwar erwartet man in Athen in dieser Hinsicht keine sensationellen Ergebnisse von dem Staatsbesuch, doch liegt ein diesbezüglicher Gedankenaustausch immerhin im Bereich des Möglichen. Durch den für Mitte Juli vorgesehenen Besuch des französischen Ministerpräsidenten Pompidou in Ankara wird de Gaulle weiterhin seine Pläne in der vorgezeichneten Richtung verfolgen wollen. In anderer Hinsicht erwartet man jedoch viel von diesem Staatsbesuch. Man hofft nämlich auf französische Kredite und wünscht, daß sich Paris an der Gemeinschaftshilfe der OECD in erheblich größerem Maße beteiligen wird als bisher. Bis jetzt hat sich in diesem Rahmen lediglich die Bundesrepublik hervorgetan durch Gewährung von Krediten in Höhe von insgesamt 150 Millionen DM zum Bau eines Großkraftwerkes.

Birmingham und Alabama

Amerika entdeckt sein Gewissen
Von unserem Korrespondenten in den USA

Der Tag, an dem ein von Machtrausch gepackter und von Haß und Wut geblendeter kleiner Polizeioffizier in einer Großstadt des südlichen Landesteils der USA seinen Polizisten befahl, gegen die "illegalen" schwarzen Demonstranten auf der Straße, obwohl es sich vorwiegend um Kinder und Frauen handelte, mit den Bluthunden der Polizei und den Wasser-Druckspritzen der Feuerwehr vorzugehen, - dieser Tag war, so seltsam es auch klingen mag, ein Glücks- und Ruhmestag für die Vereinigten Staaten. Denn an diesem Tage erwachte das amerikanische Gewissen - und nichts hätte Amerika so aufrütteln, so empören, so schamerfüllt erröten lassen können, wie die Photographien, die bald in allen Zeitungen erschienen und in denen die abgrundtiefe Brutalität dieser Polizei-"Aktion" der Bluthunde und Wasserspritzen abgebildet war, mit Frauen, die auf dem Straßenpflaster lagen, mit kriechnen Polizisten auf ihnen, mit Hunden, die neunjährige Kinder ansprangen und dabei von Polizisten an der Leine gehalten wurden. Nichts hätte eine ähnlich aufrüttelnde, wachrüttelnde, elektrisierende Wirkung haben können.

Der Erfolg stellte sich ein

Die Reaktion blieb nicht aus, der Erfolg stellte sich ein. Alle Zeitungen des Landes - mit Ausnahme derer in Birmingham selber, die die ganze Geschichte mit zwanzig Zeilen im Innern des Blattes abtaten - gaben ihrer namenlosen Empörung Ausdruck, der zunächst verantwortliche Stadt-Polizeichef Bull Connor verschwand eilig von der Bildfläche, Präsident Kennedys Beschluß, zwei kleinere Verbände Bundesstruppen vor die Stadt Birmingham zu legen, fand allgemeine Zustimmung - und der moralische Sieg, den die Neger der Stadt zu vor in ihrer Gleichberechtigungskampagne gewonnen hatten, der aber in Schlägereien und Gewalttätigkeiten unterzugehen drohte, war wieder hergestellt.

Brutale Polizisten gibt es überall und nicht nur im Staate Alabama: das historische Ereignis der Ereignisse dort war dieses Erwachen des amerikanischen Nationalgewissens. Entscheidend war und ist, daß sich in Birmingham gar nicht Weiße und Neger zu einem Macht- oder Rechtskampf gegenüberstanden. Es standen sich vielmehr fanatische Weiße und gemäßigte Weiße gegenüber, reaktionäre und verblendete Anhänger der "Weiße Überlegenheit" und vernünftige und verantwortungsbewußte Söhne des zwanzigsten Jahrhunderts.

Schon vor dem Beginn der Demonstrationen hatten die vernünftigen Leute der Stadt - Geschäftsleute, Gewerkschaftsfunktionäre, Intellektuelle und einfache Menschen mit wachem Bürgersinn - beschlossen, bei der gerade fälligen Neuwahl der Stadtverwaltung die alte radikal für Rassentrennung eintretende Mannschaft aus dem Rathaus herauszuwählen. Das gelang auch, und ein Mann der Mitte und des vernünftigen Kompromisses wurde zum neuen Bürgermeister gewählt, - aber die Geschlagenen fochten die Wahl an, gingen mit Klagen gegen Terminfragen und ähnliche Schikanen vor die Gerichte - und die Gerichte haben noch nicht gesprochen, die neu gewählten Leute konnten ihr Amt noch nicht antreten. Als auch schließlich

Connor das Weite suchte, weil er bei keinem Bürger der Stadt mehr Unterstützung und Sympathie fand, - marschierte die Gendarmerie auf, die nicht der Stadt, sondern dem Gouverneur des Staates untersteht. Der Gouverneur ist ein extremer Rassenfanatiker und seine Gendarmerie steht ihm nicht nach.

Es bleibt bei den Beschlüssen

In Birmingham herrscht Ruhe, ein Teil der Gendarmerie konnte wieder abgezogen werden, ohne daß die blutrünstigen Drohungen ihres Kommandanten in die Tat umgesetzt worden wären. Und die Beschlüsse der stillen Konferenz im Hotelzimmer stehen: der Konferenz zwischen dem "amerikanischen Gandhi", dem schwarzen Pastor Martin Luther King und seinen Mitstreitern einerseits und den gemäßigten verantwortungsbewussten Geschäftsleuten, Bankiers, Warenhausbesitzern, Handelskammer-Vorsitzenden der Stadt andererseits.

Das sind die Leute, die in ihrer Stadt Ruhe und Eintracht haben wollen, - die auch längst eingesehen haben, daß Rassenkämpfe nicht gut fürs Geschäft sind, - und die überdies zum Teil, soweit sie sich bisher geweigert hatten, schwarzes Personal einzustellen, unter einem wirksamen Boykott der schwarzen Kundschaft gelitten haben. So kamen die Konferenzbeschlüsse zustande: innerhalb von drei Monaten Aufhebung der Rassentrennung in Restaurants, Imbissstuben, Badeanstalten, Toiletten, Turnhallen, Kinos, Kirchen usw., gleiche Berücksichtigung von schwarzen Stellungsuchenden bei der Einstellung neuer Arbeitskräfte, insbesondere auch in kaufmännischen und technischen Berufen, und Niederschlagung der angestregten Strafverfahren gegen "aufrührerische" Neger. Die weissen Gesprächspartner versicherten King, daß sie keine Gesetzesmacht besitzen, - aber die Neger erklärten sich mit dem moralischen Gewicht dieser angesehenen Bürger und ihrem Versprechen, für Durchsetzung des Abkommens Sorge tragen zu wollen, bereits befriedigt.

Sieg von Recht und Anstand

Gewiß, bisher stehen diese Vereinbarungen auf dem Papier, und zunächst darf man noch zweifeln, wie weit sie die Realität von morgen sein werden. Aber in anderen Städten des Südens haben sie bereits gewirkt: das erwachte Volksgewissen hat sich gemeldet. In Knoxville im Staate Tennessee entstand spontan eine Bewegung unter den Weissen, freiwillig, friedlich und ohne Zwang oder Druck alle Rassenbarrieren niederzureißen; und so wahr es ist, daß eine Schwalbe noch keinen Sommer macht, so wahr ist dennoch, daß in diesem heiklen, schwierigen, von Vorurteilen und Emotionen kompliziertem Rassenproblem in den südlichen USA jeder einzelne Schritt vorwärts, das Abkommen im Hotelzimmer von Birmingham wie der Vorstoß der Aufrechten in Knoxville, bereits ein gewichtiger Sieg von Recht, Fortschritt und Anstand ist.